

## Vorbereitung auf die Steuerfachwirtprüfung 2017



# Fernkurs

## Klausur Nr. 9

## Rewe

**IWS** Institut für Wirtschaft und Steuer GmbH  
Johann-Strauß-Str. 20  
74078 Heilbronn  
Tel. 06261 18941  
Fax. 06261 14090

**E-Mail:** [info@iws-institut.de](mailto:info@iws-institut.de)  
**Internet:** [www.iws-institut.de](http://www.iws-institut.de)

**Sitz der Gesellschaft:**  
74078 Heilbronn  
Amtsgericht Stuttgart HRB 758369  
**Geschäftsführer:**  
Peter Hagemann

**Bankverbindung:**  
Sparkasse Neckartal-Odenwald  
Konto-Nr. 3 077 989, BLZ 674 500 48  
IBAN DE71 6745 0048 0003 0779 89  
BIC SOLADES1MOS



Die Lösung der Klausur zur Korrektur

bitte per Post an:

**Herrn**

**Thomas Naumann**

**Privatstr. 2 Nr. 29**

**13053 Berlin**

Legen Sie bitte einen an Sie adressierten,  
frankierten Rückumschlag bei



**Klausur Nr. 9****Rechnungswesen****Vorbereitung auf die Steuerfachwirtprüfung 2017  
Sachverhalt**

- Fachgebiet:** Buchführung und Jahresabschluss nach Handels- und Steuerrecht, Gesellschaftsrecht, BWL
- Bearbeitungsdauer:** 5 Stunden
- Hilfsmittel:** Beck'sche Textsammlung Steuergesetze  
Beck'sche Textsammlung Steuerrichtlinien  
Beck'sche Textsammlung Steuererlasse  
BGB, HGB
- Bearbeitungshinweis:** Bitte kennzeichnen Sie die einzelnen Blätter der Aufgabenbearbeitung mit Vor- und Nachnamen. Bitte schreiben Sie leserlich und lassen Sie einen Korrekturrand von ca. 6 cm.

## TEIL I Buchführung und Jahresabschluss nach Handels- und Steuerrecht (75 von 100 Punkten)

### Sachverhalt 1

Karl Mayer hat am 02.01.2016 mit der WEMA GmbH, Duisburg, einen Finanzierungsleasing-Vertrag mit Kaufoption für eine neue computergesteuerte Drehbank abgeschlossen. Der Leasingvertrag enthält u.a. folgende Vereinbarungen:

- Die beiderseits **unkündbare** Grundmietzeit läuft vom 01.01.2016 bis 31.12.2023.
- Der Leasingnehmer hat das Recht, die Drehbank nach Ablauf der Grundmietzeit zum Restwert in Höhe von 61.150 Euro zzgl. 19% USt zu erwerben.
- Die monatliche Leasingrate beträgt 10.000 Euro zzgl. 19% USt.
- Der Leasingnehmer entrichtet bis zum 05.01.2016 eine einmalige Sonderzahlung in Höhe von 32.000 Euro zzgl. 19% USt.

Die Anschaffungskosten der Drehbank betragen 550.000 Euro zzgl. 19% USt. Die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer lt. amtlicher AfA-Tabelle beträgt 9 Jahre.

### Aufgabe zu Sachverhalt 1

1. Entscheiden und begründen Sie, **wem** die Drehbank bilanzsteuerrechtlich zuzuordnen ist.
2. Buchen Sie den o.a. Sachverhalt im Rahmen der laufenden Buchungen für 2016.
3. Nehmen Sie ggf. erforderliche Buchungen im Rahmen des Jahresabschlusses 2016 vor.

## **Sachverhalt 2**

Lt. notariellem Kaufvertrag vom 03.02.2016 erwarb Mayer zwecks Errichtung eines neuen Gebäudes mit Verkaufs-, Büro- und Lagerräumen ein - an sein Betriebsgelände angrenzendes - bebautes Grundstück für 500.000 Euro. Vom Kaufpreis entfallen 80 % auf den Wert des Grund und Bodens. Auf dem Grundstück befand sich eine Werkhalle, die wirtschaftlich und technisch verbraucht war. Bereits Ende Februar 2016 wurde die alte Werkhalle abgerissen.

Der Abbruchunternehmer erteilte folgende Rechnung:

Abbrucharbeiten - pauschal -	80.000 Euro
zzgl. 19% USt	<u>15.200 Euro</u>
	95.200 Euro

Mayer hat im Zusammenhang mit dem Erwerb des Grundstücks folgende Aufwendungen getätigt:

➤ Notarkosten (Kaufvertrag) einschl. 19% USt	8.330 Euro
➤ Gerichtskosten (Auflassungsgebühren)	4.000 Euro
➤ Grunderwerbsteuer	17.500 Euro

Im April 2016 begann Mayer mit der Errichtung des neuen Gebäudes (Verkaufs-, Büro- und Lagerräume; Bauantrag v. 15.01.2016). Im Zusammenhang mit der Errichtung des Neubaus, der Anfang November 2016 fertig gestellt und in Betrieb genommen wurde, liegen folgende Angaben vor:

	<u>Herstellungskosten/Euro</u>	<u>Nutzungsdauer/Jahre</u>
Gebäude	800.000	33,1/3
Grün- und Außenanlagen	40.000	10
Personenaufzug (Verkaufsräume)	50.000	15
Lastenaufzug (Lagerräume)	90.000	4
Alarmanlage (Lagerräume)	20.000	12

### **Bisher wurde gebucht:**

#### 1. Grundstückserwerb

Grund und Boden	400.000			
Geschäftsbauten	100.000	an	Bank	500.000
Außerplanmäßige Abschreibung	100.000	an	Geschäftsbauten	100.000

## 2. Abbruchkosten

Sonst. betriebl. Aufwand	80.000			
Vorsteuer	15.200	an	Bank	95.200

## 3. Notariatskosten, Auflassungsgebühren, Grunderwerbsteuer

Sonst. betriebl. Aufwand	28.500			
Vorsteuer	1.330	an	Bank	29.830

## 4. Neubau

Anlagen im Bau	1.000.000			
Vorsteuer	190.000	an	Bank	1.190.000

### **Aufgabe zu Sachverhalt 2**

1. Beurteilen Sie den o.a. Sachverhalt unter Hinweis auf die maßgeblichen gesetzlichen Bestimmungen und Verwaltungsanweisungen. Mayer möchte den niedrigsten möglichen steuerlichen Gewinn für 2016 ausweisen.
2. Entwickeln Sie die jeweiligen Bilanzansätze zum 31.12.2016.
3. Nehmen Sie die ggf. erforderlichen Berichtigungs- und Ergänzungsbuchungen vor.
4. Die jeweilige Gewinnauswirkung für 2016 ist mit den einzelnen Beträgen unter Hinweis auf die betreffenden Erfolgskonten anzugeben.



**Sachverhalt 3 a**

Aus dem Betriebsabrechnungsbogen (BAB) für 2016 liegen folgende Zahlen vor:

	<b>Euro</b>
Materialgemeinkosten	181.500
Fertigungsgemeinkosten	3.900.000
Verwaltungsgemeinkosten	364.575
Vertriebsgemeinkosten	583.320

Aus der Buchhaltung liegen folgende Zahlen vor:

Materialverbrauch lt. Entnahmescheine	1.650.000
Fertigungslöhne	1.560.000

**Bestand an unfertigen Arbeiten am 31.12.2015** **780.000**

Bewertung der unfertigen Arbeiten zum 31.12.2016:

Bisherige Materialeinzelkosten	140.000
Bisherige Fertigungslöhne	220.000

**Aufgabe zu Sachverhalt 3 a**

- a) Ermitteln Sie den **handelsrechtlich** und **steuerrechtlich** zulässigen Mindestansatz der unfertigen Arbeiten zum 31.12.2016.
- b) Buchen Sie die sich ggf. ergebende **steuerliche** Bestandsveränderung.
- c) Nennen Sie die sich daraus ergebende Gewinnauswirkung.

**Sachverhalt 3 b**

Zum 31.12.2016 befinden sich im Umlaufvermögen 250 Einheiten des **Warenpostens B**, die insgesamt mit den Anschaffungskosten in Höhe von 300.000 Euro bewertet sind. Der ursprüngliche Verkaufspreis betrug 450.000 Euro. Aufgrund starken Konkurrenzdrucks durch einen hartnäckigen Mitanbieter musste der

Verkaufspreis nachweislich vom Bilanzstichtag bis zum Tag der Bilanzerstellung auf 1.440 Euro/Einheit gesenkt werden.

### **Aufgabe zu Sachverhalt 3 b**

Ermitteln Sie – unter Angabe der maßgeblichen Rechtsvorschriften - den niedrigsten zulässigen Wertansatz zum 31.12.2016 für den **Warenposten B** unter Beachtung der folgenden Daten:

- der nach dem Bilanzstichtag bis zum Verkauf des Warenpostens B noch anfallende betriebliche Aufwand beträgt 72.000 Euro,
- der durchschnittliche Unternehmergewinn in der Branche des Mayer beträgt 12,5 % vom erzielten Netto-Umsatzerlös.

Gehen Sie davon aus, dass Mayer ein steuerlich möglichst niedriges zu versteuerndes Einkommen anstrebt.

## **2. Aufgabe**

### **Sachverhalt 1**

Zum 31.12.2016 liegen für die **X-GmbH** folgende Daten vor:

	<b><u>Euro</u></b>
Gezeichnetes Kapital	2.700.000
Gewinnrücklagen	540.000
Jahresüberschuss	620.000
Nachschüsse der Gesellschafter	200.000

Die Gesellschafterversammlung fasst im Mai 2017 folgenden Beschluss:

1. Die Geschäftsführung stellt 200.000 Euro in die **Gewinnrücklagen** ein.
2. Der Rest des Jahresüberschusses wird an die Gesellschafter **ausgeschüttet**.

### **Aufgabe zu Sachverhalt 1**

- a) Stellen Sie das Eigenkapital **vor** Ergebnisverwendung dar.
- b) Stellen Sie das Eigenkapital **nach** teilweiser Ergebnisverwendung dar.

- c) Stellen Sie das Eigenkapital **nach** vollständiger Ergebnisverwendung im **Folgejahr** dar.

### **Sachverhalt 2**

Die **X-GmbH** hat für ihren Kunden, die Kurt Raabe KG in Schermbeck, eine selbstschuldnerische Bürgschaft im Kalenderjahr 2015 in Höhe von 500.000 Euro übernommen und im Jahresabschluss 2015 unter den Haftungsverhältnissen vermerkt.

Noch im November 2016 gehen der X-GmbH verlässliche Informationen zu, dass die Kurt Raabe KG in ernste Schwierigkeiten gekommen ist. Tatsächlich wird am 15.02.2017 ein Insolvenzverfahren eröffnet. Es ist damit zu rechnen, dass die Regressforderung aus der Bürgschaft vollkommen ausfällt.

Die X-GmbH hat bisher aus diesem Sachverhalt noch keine Folgerungen gezogen.

### **Aufgabe zu Sachverhalt 2**

- a) Nehmen Sie Stellung zum Ansatz und der Bewertung der Bürgschaftsverpflichtung.
- b) Nehmen Sie ggf. erforderliche Buchungen vor.

**Auf einen Regressanspruch der X-GmbH ist nicht einzugehen.**

**TEIL II Gesellschaftsrecht (10 Punkte von 100 Punkten)****Sachverhalt**

Max Plüsch und Moritz Plum – zwei zurzeit arbeitslose Datenverarbeitungskaufleute - beabsichtigen in Wesel ein eigenes Unternehmen zu gründen. Geplant ist, einen Internet-Shop zu etablieren, um für Comicsammler eine Tauschbörse zu installieren und parallel dazu einen Comicversand aufzubauen.

Max ist bereit 14.000 Euro in bar, die er von seiner Großmutter geerbt hat, zu investieren; Moritz kann maximal in bar 3.000 Euro aufbringen, da er das Erbe bereits weitgehend in seine Comicsammelleidenschaft investiert hat. Max und Moritz sind sich darüber einig, dass sie mit Rücksicht auf Ehefrauen und Kinder nicht mit ihrem gesamten privaten Vermögen haften möchten, sondern die Haftung, soweit es irgendwie geht, beschränken möchten.

Max ist wegen einer Umschulung z. Zt. stark beansprucht und möchte deshalb die Geschäftsführung nur dem Moritz überlassen.

**Aufgabe**

- a) Schildern Sie – stichwortartig – welche Unternehmensformen zwar **grundsätzlich** möglich sind, jedoch nennen Sie auch die Gründe, die jeweils auf Grund des o.a. Sachverhalts die Wahl ausschließen.
- b) Skizzieren Sie die wichtigsten Bestandteile des Gesellschaftsvertrages, falls sich Max und Moritz für die Rechtsform der GmbH entscheiden. (Im Gesellschaftsvertrag ist auf den Sachverhalt einzugehen!)
- c) Nehmen Sie kurz Stellung zu dem Problem, dass Moritz kurz vor Abschluss des Gesellschaftsvertrages den Betrag von 3.000 Euro nicht mehr in **bar** aufbringen kann, sondern vorschlägt, stattdessen seine private Comicsammlung in die GmbH einzubringen.

**Teil III Finanzierung (15 Punkte von 100 Punkten)****Aufgabe 1**

Ein Hypothekendarlehen in Höhe von 800.000 € mit einer Laufzeit von 10 Jahren soll in gleichen Jahresraten nachschüssig verzinst und getilgt werden. Der vereinbarte Nominalzins beträgt 6% p.a.

- a) Berechnen Sie die Kapitaldienstrate (Annuität).  
Eine Tabelle der finanzmathematischen Faktoren ist als Anlage 1 beigelegt.
- b) Stellen Sie für die Laufzeit der ersten fünf Jahre einen Zins- und Tilgungsplan auf, aus dem die jährliche Zinsbelastung und die Tilgung zu erkennen sind.  
Verwenden Sie für die Lösung den als Anlage 2 beigelegten Tilgungsplan.
- c) Wie hoch ist die bis zum Ablauf des 5. Jahres erfolgte Tilgung und wie viel Zinsen wurden bis dahin insgesamt gezahlt?

**Anlage 1**

Finanzmathematische

Faktoren:

AuF = Aufzinsungsfaktor

AbF = Abzinsungsfaktor

RVF = Restwertverteilungsfaktor

KWF = Kapitalwiedergewinnungsfaktor, Annuitätenfaktor, Verrentungsfaktor

EWF = Endwertfaktor

BWF = Barwertfaktor, Diskontierungssummenfaktor (DSF)

6 %						
n	AuF $(1+i)^n$	AbF $(1+i)^{-n}$	RVF $\frac{i}{(1+i)^n - 1}$	KWF $\frac{i(1+i)^n}{(1+i)^n - 1}$	EWF $\frac{(1+i)^n - 1}{i}$	BWF $\frac{(1+i)^n - 1}{i(1+i)^n}$
1	1,060000	0,943396	1,000000	1,060000	1,000000	0,943396
2	1,123600	0,889996	0,485437	0,545437	2,060000	1,833393
3	1,191016	0,839619	0,314110	0,374110	3,183600	2,673012
4	1,262477	0,792094	0,228592	0,288591	4,374616	3,465106
5	1,338226	0,747258	0,177396	0,237396	5,637093	4,212364
6	1,418519	0,704961	0,143363	0,203363	6,975319	4,917324
7	1,503630	0,665057	0,119135	0,179135	8,393838	5,582381
8	1,593848	0,627412	0,101036	0,161036	9,897468	6,209794
9	1,689479	0,591898	0,087022	0,147022	11,491316	6,801692
10	1,790848	0,558395	0,075868	0,135868	13,180795	7,360087

Anlage 2**Tilgungsplan**

Jahr	Restschuld Jahresanfang	Zinsen	Tilgung	Kapitaldienst	Restschuld Jahresende
Summe					

**Tilgungsplan**

Jahr	Restschuld Jahresanfang	Zinsen	Tilgung	Kapitaldienst	Restschuld Jahresende
Summe					

**Aufgabe 2**

1. Berechnen Sie die Ist-Gemeinkosten-Zuschlagssätze  
(Bestandsveränderungen sind nicht zu berücksichtigen):

Der BAB einer Maschinenfabrik enthält für den Monat Juni folgende Angaben:

Materialgemeinkosten	37.000,00 €
Fertigungsgemeinkosten	720.860,00 €
Verwaltungsgemeinkosten	280.420,00 €
Vertriebsgemeinkosten	162.000,00 €

Folgende Einzelkosten fallen an:

Fertigungsmaterial	685.000,00 €
Fertigungslöhne	490.000,00 €

2. Ermitteln Sie die Selbstkosten eines Auftrages, für den folgende Einzelkosten veranschlagt werden:

Fertigungsmaterial	650,00 €/Stck.
Fertigungslöhne 42 Std. zu je	21,00 €/Std.

Das Unternehmen kalkuliert mit folgenden Normalzuschlagssätzen:

Materialgemeinkosten	7,0 %
Fertigungsgemeinkosten	158,0 %
Verwaltungsgemeinkosten	15,0 %
Vertriebsgemeinkosten	7,0 %

3. Führen Sie die Kalkulation bis zum Angebotspreis fort unter Berücksichtigung folgender Kalkulationsgrößen:

Gewinnzuschlag	16,5 %
Skonto	2,0 %
Kundenrabatt	14,0 %